

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische



Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)
Herausgeber Ludwig Bally.)
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 286.

Dienstag, den 6. Dezember 1921.

161. Jahrgang

Tageschronik

Die deutsch-englischen Verhandlungen in London werden von offiziellen Vertretern der Regierungen weiter geführt.
Die Mahn-Note der Reparationskommission ist in Berlin überreicht worden.
In Berlin fanden weitere Änderungen von Lebensmittel- und Kleidergeschäften statt.
Polen will den Deutschen in den abgetretenen Gebieten keine Minderheitsrechte gewähren.
Die Thronen sollen bereits ganz Westfalen besetzt haben.
Zwischen England und Irland wurde ein Abkommen erzielt.

Fortgang der Deutsch-englischen Verhandlungen.

Eine Bitte Deutschlands um Zahlungsaufschub.
Wie die „Kronf. Nachr.“ erfahren, trifft Rathenau Dienstag mittig in Berlin ein, um über den Ausfall der Verhandlungen in London dem kabinets Bericht zu erstatten. Die Beratungen werden inwieweit von deutscher Seite von den über Paris nach London gerichteten deutschen Bankiers Weinberg und Wenzelsohn weitergeführt. Die Londoner Verhandlungen sind in ein offizielles Stadium getreten, da die deutschen und die englischen Vertreter in Vorläufe ihrer Verhandlungen miteinander verhandeln. Sofort nach Rathenaus Rückkehr wird das Kabinett darüber entscheiden, ob die deutsche Regierung bei der Reparationskommission für die Erlangung eines Zahlungsaufschubs offizielle Schritte unternehmen wird.
Die Londoner Vertreter demontieren demgegenüber die Nachricht, daß Dr. Rathenau am Montag London verlassen habe.

Die Mahn-Note übergeben.

Die Note der Reparationskommission ist am Sonntagabend in Berlin übergeben worden. Der Inhalt stimmt im Allgemeinen mit der von Havas übermittelten Fassung überein. — Von einer neuen Note der Reparationskommission nach Berlin, von der Barier Waller sprechen, ist an unabhängiger Stelle nichts bekannt. In Berliner maßgebenden Kreisen ist man der Ansicht, daß die Übergabe dieser Note eine Veränderung der Sachlage oder eine Verschärfung der Situation nicht ausschließen darf. (2) Ob eine Antwort auf diese Note erfolgen wird, steht noch nicht fest.

Die englisch-französische Meinungsverschiedenheit über das Moratorium.

Die Londoner Presse stellte die Bestimmung der Reparationsnote demnach voll in Erwartung einer weiteren Sitzung des Kabinetts aus, über die Frage der Aufhebung einer neuen Reparationspolitik berät. Frankreich opponiert noch immer gegen die Annahme einer neuen Erwägung des ganzen Problems durch den Obersten Rat über einen Ausschuss der alliierten Finanzminister. Trotz der Note der Reparationskommission ist in London die Frage des Moratoriums nicht endgültig entschieden, so lange der Finanzausschuss seinen Bericht abgibt hat.
Es ist allgemein so, daß die leitenden Kreise Englands keine von der Überzeugung durchdrungen sind, daß der bisherige Reparationspolitik nicht durchführbar ist, und daß ein Beharren auf ihr nicht anders einen Sinn, als mit dem Mutin nicht nur von Deutschland, sondern auch von Europa, England einschließen. Eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems hängt jedoch in keiner Weise allein von der Günstigkeit und dem guten Willen Englands ab, vielmehr hat auch Frankreich ein entscheidendes Wort mitzusprechen und nicht zuletzt darauf hin, daß der englischen Forderung eine französische entspricht. Ähnlich steht es, daß die englische Regierung sehr abgeneigt ist, ihre heutigen ohnehin schwierigen Beziehungen zu Frankreich durch eine Aufstellung und Behandlung des Reparationsproblems in einer Frankreich nicht genehmen Weise noch mehr zu erschweren. Es ist daher sehr leicht möglich, daß die heutigen Unterhandlungen vorläufig keine praktischen Ergebnisse haben werden, und daß noch eine ganz andere Antwort auf den Parz.
als wir sie bisher erleben, nötig sein wird, um Frankreich zur Kenntnis zu bringen und zu überzeugen, daß Deutschland tatsächlich nicht zahlen kann, und daß das Beharren auf Unmöglichkeit es in den Bankrott treiben wird, der früher oder später seinen eigenen Bankrott nach sich ziehen wird.
In einer Zeitkritik bemerkt „Oberver“ den Plan eines Moratoriums oder einer Anleihe an Deutschland und schreibt die britische Politik müsse mit aller Macht und Entschlossenheit

Was Polen verspricht und — hält.

Kein Schutz der deutschen Minderheiten.
Das polnische Kabinett ist zu der Auffassung gelangt, daß ein besonderes Minderheitsrecht für die neuen polnischen Gebiete nicht zugehört werden könne.

Die tschechischen Hauptpläne in Oberschlesien

Nach einer Information unseres Berliner Vertreters aus der Umgebung des Präsidenten Masaryk schreiben die Wortbeiträge zur Verwirklichung des tschechisch-polnischen Vertrages, d. h. für den Raub der vier südlichen Kreise im deutschverwalteten Teile Oberschlesiens fort. Nach dem bekannten früheren Plan sollte die Tschechei zur angelegenen Zeit ihre Ansprüche und Wünsche auf diplomatischem Wege Deutschland direkt bekannt geben. Nunmehr verlautet, daß seitens Frankreichs die Frage der tschechischen Ansprüche aufrollt werden würde. Nach Ansicht einer maßgebenden tschechischen Persönlichkeit wird dies in einer Rede Brnabes vor dem Senat geschehen. Die Gründe der Verzögerung der ganzen Angelegenheit sind in dem Festschlag der tschechischen Mobilisation zu finden, die das von Frankreich aufgestellte Arbeitsprogramm zum Ende hat. Auf diesen Festschlag ist ebenfalls die neue Vermutung zurückzuführen, daß die verstärkte Beteiligung der tschechischen Gewerkschaften durch internationalisierte Gruppen bedingt sei, die nach Verwirklichung der tschechischen Minderheitsrechte eine neue deutsch-tschechische Grenze in der Hauptstadt durch französische Truppen absperrt zu lassen, da die tschechische Armee hierfür nicht einmal in Grenzstreifen imstande gehalten wird.

Noch keine Beschlüsse in Washington.

Man wartet auf Lord George.
In Washington wird die Ansicht verbreitet, daß die Konferenz wahrscheinlich doch um Weihnachten geschlossen sein dürfte. In dieser Woche erwartet man keine außerordentlichen Ergebnisse. Man will die endgültige Entscheidung in den beiden Hauptproblemen noch solange hinauschieben, bis man Gewißheit darüber hat, ob Lord George nach Washington kommen kann. Bei dies nicht der Fall, so werden die wichtigsten Beschlüsse Ende dieser oder Anfang nächster Woche gefasst werden.

Verabschiedung der Gesamtsumme

der Deutschland auferlegten Reparationen und der tschechischen Pläne zu erreichen suchen. Die ursprüngliche Resolution der deutschen Reparationen sei für Handel und Gewerbe Englands eine Frage von Leben und Tod. Wenn die Entente dem im Wege stehen sollte, so müsse sie corrigiert werden. Die Entente dürfe nicht dazu dienen, daß sich Frankreich und England gegenständig und gemeinsam mit Deutschland ins Verderben hineinziehen.
Anschließend ist eine Meldung des „Journal“, daß der französische Reichskanzler Laurent Berlin wieder auf Besuch Brnabes verfallen habe, um sich nach Paris zu bewegen. Das Blatt fügt hinzu, daß diese Reise im neuen Zusammenhang mit der Frage der Reparation und den englischen Plänen eines Moratoriums stehen müßte. Außerdem ist er aber, wie der „Journal“ meldet, auch in tschechischen Angelegenheiten nicht wohl darin bestehen, daß man seit einigen Tagen von einem Grafen Laurent in Berlin spricht.

Verabredung der tschechischen Schulden an England

Der „Daily Telegraph“ meldet, daß sich gegenwärtig in London eine Kommission befindet, welche dafür eintrifft, daß, falls es zu einem Moratorium oder zu einer Verzögerung der deutschen Schuldentilgung komme, Frankreich für die Summe, die es dadurch verlieren würde, durch Verabredung der Schulden an England schädlos gehalten wird.

Nothilfe über eine deutsche Anleihe.

Der Londoner Bankier Rothschild hat einem Vertreter des „Wallstreet-Journals“ ein Interview erteilt, worin er u. a. ausführte, daß der Zweck seines Besuchs in New York nicht der wäre, über eine Anleihe Deutschlands zu verhandeln. Eine deutsche Anleihe sei mehr eine politische als eine ökonomische Angelegenheit und außerdem erst dann zu regeln, wenn die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz vollständig vorliegen.

Wahrheit und Dichtung.

Der Schiller hat der Presse von den deutschen „Erfolgen“ in Genf berichtet. Man war erstaunt, Erfolge? Wo denn? Selbst ist keine der Fragen, die alle ohne Ausnahme für uns Unheil gehören können. Verhandlungen, Abmachungen, — das alles nimmt sich in Verichten wunderlich an, aber die Wirklichkeit pflegt anders zu sein. Wir haben weiß Gott zu trübe Erfahrungen gemacht, um nicht zum mindesten festlich diesen Behauptungen von „deutschen Erfolgen“ gegenüberzusetzen. Siehe den Minderheitsvertrag auf dem Papier und die Wirklichkeit der polnischen Verwaltungen in Preussisch-Polen. Können wir hoffen, daß es in Polnisch-Oberschlesien anders sein wird? Angesichts all der Maß- und Gewalttaten von Seiten der Polen! Von Verjohung und Verhöhnung, von deren unbedingten Notwendigkeiten zu reden, ist leicht. Aber leider liegt das nicht allein in unserer Hand. Und wie die Polen darüber denken, darüber bleibt ein Zweifel in der polnischen „Oberösterreichischen Grenzzeitung“ vom 30. November Nr. 207: „Kien Wilschmidt“. Er nennt die Gelehrten für das Deutschland und predigt gegen die Verletzung der Deutschen aus Oberösterreich. Nur hoffnungsvolle Optimisten können die Bedeutung dieses Artikels verkennen. Wir aber halten es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, wenn auch heute nur Worte und Pläne für „Verhandlung“ mit Polen beliebt sind. Nachsehen ein Anschlag aus dem Artikel:

Verfolgt man die Bekanntmachungen der im Aufbau befindlichen tschechischen Minderheitsbehörden, worin die Deutschen ohne Unterschied — wenigstens wird nicht ausdrücklich darauf hingewiesen — zum Verbleiben im politischen Dienste aufgefordert werden, so kann man sich eines bitteren Gefühls nicht erwehren, das einer bei dem Gedanken überkommt, daß die polnischen Oberösterreicher darum Gut und Blut geopfert, drei Mächte durchgeführt und von Haus und Hof geküßt und in Verbannung zu leben gezwungen sind, damit sie im polnisch gewordenen Oberösterreich auch weiterhin mit ihren Bedrückern gemeinsam und vielleicht gar würdevoll, unter ihrer Anleihe leben sollen. Sind darum soviel Opfer gebracht worden?

Es wird eben mit dem Schlagwort: Oberschlesien dem Oberschlesien, Schindler getrieben. Man treibt die Gemütslichkeit doch zu weit, wenn man dies Wort nicht dahin einschränkt, daß nicht gemeint ist Oberschlesien ledweder Genügend (1) darunter zu verstehen sind, sondern solche, die dem tschechischen Staatsbunde angeschlossen werden und dafür sich einsetzen wollen, daß unsere Heimat wirklich in tschechischer Hand wird. Da auf die Wirklichkeitsverhandlungen ein so großes Gewicht gelegt wird, heißt alles, was nicht demotretur war, für 15 Jahre sicher gestellt zu werden und denkt sich mit der Zeit kommt An. Bis dahin kann es ja gut deutsch oder polnisch bleiben! Ist das ein für Polen erstrebenswertes Ziel?

Wenn der Genier Spruch Polen bloß die beiden Kreise Plesch und Lubitz zugesprochen hätte, so wären jetzt alle im Lande befindlichen Deutschen geküßt, das es eine helle Freude gewesen wäre. Jetzt, wo sie sehen, wie mit wenig Geld zupackender Hand der Völk die Fäden der Regierung des ihm zugefallenen Landes führt, will alles tschechisch werden. „Not gehortens“ hier bleiben, es will „lowale politische Wärrer“ spielen — na, der Völk ist zufrieden. Darum — an die Schanz! Wir dürfen nicht einfach für die Deutschen ein Gebotnis schaffen, indem unsere bei Deutschland verbleibenden Volksgenossen den Weg nach Genua weiter beschreiten sollen (1). Hier heißt es an Deutschland die Aufrechterhaltung stellen, erziele dich da n f a r, daß mich meine Gattung nicht reut! Der allem nach es das Beharren unserer autonomen Heimat sein, aus ihr ein tschechisches Land zu machen. Wenn ich hätte ökonomischer tschechischer Reimten selber. Follen, so trauen diesbezüglichen nur die Konsequenzen ihres Verhaltens erkennen über dem Aufsicht Vorantrieb von ehemals, den sie sich weigerten zu unterfertigen. Also Unrecht überläßt ihnen nicht (1) da sie es ja damals in der Hand hatten, ihrer Loyalität Ausdruck zu verleihen. Es ist eben dann nur die Rolle ihrer „Häuten“ Einigkeit. Mit Stumpf und Stiel muß jedoch die herabwürdigt deutsche Klassenpolitik im tschechischen Oberösterreich ausgemerzt werden. Da darf nicht ein Unrecht überreicht werden, mit ebenem Völkern selbst Hochverbrechen, tschechisch-österreichische Klassenverhältnisse. Wären sie nach dem Gewebe haben, wozu sie ihr Schwert nicht — denn von dieser Gestein kann eine Revolution immer erwartet werden. Wenn so werden die tschechischen, wie z. B. tschechischen, tschechischen, tschechischen und tschechischen tschechischen, und anderen tschechischen tschechischen. Für die in jenen tschechischen tschechischen (1). Sie waren die Stützen des tschechischen Militarismus.

